Die Staats-Zeitung.

J. Geo. Ripper, Box 19.
Herausgeber.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, April 3, 1873.

Gut. — Wenn man gegenwärtig einen Dieb beim Stehlen erwischt, so sagt man gewöhnlich: "er will den Congreßmann spielen."

Die Temperenzbill in Minnesota ist im Repräsentantenhause mit 53 gegen 49 Stimmen verworfen worden. Von den 30 Demokraten im Hause stimmten 29 dagegen und nur einer dafür.

Temperenzsiegen. — In Vermont, wo bekanntlich der Spirituosenverkauf gesetzlich strikt verboten wird, giebt es 16,000 unverbesserliche Trunkenbolde, 24,000 Gewohnheitstrinker und 60,000 junge Leute, die eben anfangen sich zu solchen auszubilden.

Sechsunddreißig Senatoren hatten bei der definitiven Vertagung ihre „Extrazahlung" für die letzte Congreßperiode bezogen. Nur ein einziger Senator — Herr Corbett aus Oregon — hat sich bis jetzt positiv geweigert, die ihm aus der Selbstbewilligung zufallende Summe anzunehmen.

Folgen der Temperenzgesetze. — Wie der „Louisv. Anzeiger" hört, werden mehrere deutsche Handwerker in Folge des Temperenzgesetzes dem Staat Indiana den Rücken kehren und nach Louisville übersiedeln. Ein Schuhmacher schreibt einem Freunde in Louisville, daß das Sonntagsgesetz ihn aus Illinois nach Ohio, von dort nach Indiana vertrieben haben und er eben im Begriff stehe, jetzt zum dritten Male vor ihm die Flucht zu ergreifen und zwar nach dem früher so verrufenen Staate Kentucky.

Eine neue Partei.

Der Cincinnati „Commercial" zeigt die Auferstehung der Knownothingpartei in Cincinnati an. Eine Convention der amerikanischen protestantischen Association wurde am letzten Mittwoch Abend dort abgehalten. 20 Logen waren vertreten und es wurde beschlossen, ein „gemischtes" Ticket aufzustellen, von welchem jeder Katholik ausgeschlossen sein solle, und gegen Anti-Bibel-Candidaten für den Schulrath und als Candidaten zur verfassunggebenden Convention zu stimmen.

Nur zugefahren, ihr Dunkelmänner; euren Schnabel wird man bald geschnitten haben.

Der Präsident hat endlich die Bill zur Ermuthigung der Anpflanzung von Bäumen auf den westlichen Prärien unterzeichnet. Dieselbe bestimmt, daß irgend eine Person, welche 40 Acker Nutzholz auf einer Viertel Section der öffentlichen Ländereien umpflanzt und für die Dauer von 10 Jahren beschützt, nach Ablauf dieser Zeit durch ein Patent das Eigenthumsrecht besagten Viertel Section erhalten soll. Die Bill bestimmt ferner, daß jede Person, welche eine Heimstatte durch das Verkaufsrecht oder Heimstattegesetz besitzt, und am Ende des dritten Jahres bei je 160 Acker einen Acker mit Nutzholz Bäumen bepflanzt hat, soll ein Patent für eine Heimstätte erhalten, und solche Heimstätte soll von der Execution für Schulden für immer befreit sein.

So wird es kommen.

Daß die Radikalen drauf ausgehen, Präsident Grant lebenslänglich im Amte zu behalten, wird von Tag zu Tag klarer. Der New-York "Herald" spricht jetzt schon von einem dritten Termin für Grant. Er sagt, die Opposition gegen die Regierung sei zu zersplittert und schlecht geleitet, um aus den Fehlern der letztern Vortheil zu ziehen. In der republikanischen Partei aber sei Präsident allen Mitbewerbern durch den Besitz der Macht weit überlegen.

Leider ist diese Bemerkung des "Herald" nur zu wahr. Ein Mann wie Grant, geht aber noch weiter. Er wird nicht vor dem Versuche zurückschrecken, sein Amt lebenslänglich, wenn nicht gar erblich zu machen. Was wird dann aus der gepriesenen Wahlfreiheit dieses Landes werden? Wie lange wird es noch dauern, bis wir ein gekröntes Oberhaupt, einen Monarchen, einen Kaiser haben! Und daß es noch so weit kommen wird, darf man sich versichert halten, denn von einer Republik zur Monarchie ist blos ein Schritt. Sieht man es nicht in dem Verfahren des Präsidenten gegen den Staat Louisiane.

Wäre gar nicht übel.

In Bezug des Verfahrens gegen Mörder, macht ein Schreiber im "N. Y. Herald" folgende Vorschläge, die gar nicht übel wären, sondern vieles zur Hinderung von Mordthaten beitragen würden:

1) Man richte die Mörder hin, sobald sie überführt sind. Dies scheint die einzige Strafe zu sein, die sie fürchten.

2) Man erkläre den Einwand des Wahnsinn des Mörders für unzulässig. Diese Frage sollte allein derjenige entscheiden lassen dürfen, welcher die Begnadigungsgewalt üben kann.

3) Balsamirt jedes Opfer eines Mordes und stellt die Mumie beim Prozesse des Mörders im Gerichtssaale aus, da mit Richter, Anwälte und Geschworene den Ermordeten nicht vergessen.

Das Letztere ist bei so außerordentlichen Zuständen, wie den unsrigen, als außerordentliche Maßregel nicht übel. Jetzt behält ja doch nur der Lebende Recht. Wer denkt, außer den Angehörigen, an den stillen Mann im Grabe! Seine stumme Gegenwart im Gerichtssaale würde dagegen beredter sprechen als tausend Staatsanwälte.

Eine Erklärung in Bezug des Local-Option-Gesetzes.

Wie es scheint, so herrschen verschiedene Meinungen über die Bedeutung und Bestimmungen des Lokal Optiorgesetzes in Bezug der Lizensen. Wir erhielten erst vor einigen Tagen mehrere Briefe von Freunden aus der Ferne, worin wir um nähere Auskunft darüber gebeten werden.

Das Ansuchen lautet nämlich:

„Hat irgend ein Wirth, welcher seine Lizense letzten Herbst (oder auch im Sommer) von der County-Court erhalten hat, ein Recht, Getränke zu verkaufen bis seine Lizense ausgelaufen ist?"

Wir antworten: „Ja." — Das Gesetz lautet klar und deutlich: „In solchen Counties, in denen eine Mehrheit für das Gesetz stimmt, soll dasselbe vom 1sten Januar, 1873 in Kraft treten, und das für die Lizense bezahlte Geld zurückerstattet werden."

Alle Lizensen also, welche vor dieser Zeit, (nämlich vor 1873) erlangt wurden, sind gültig, bis deren Zeit abgelaufen ist.

Hat z. B. ein Wirth in einem solchen County seine Lizense im Herbst 1872 erlangt, so hat er das Recht, seine Wirthschaft bis zum Herbst 1873 offen zu halten und Getränke zu verkaufen. Das ist die richtige Bestimmung des Gesetzes über welches sich wohl kein Wasser Apostel hinauswagen wird.

Ruhe in Moskau.

Der Ver. Staaten Senat hat sich vertagt. — Gott sei's gedankt. — Jetzt gibt's doch wieder einmal Ruhe in Moskau. — Der Congreß hat sich schon letzt hin aus dem Staube gemacht, allein nicht eher, bis beinahe alle Mitglieder ihre $7 500 „gesäckelt" hatten.

Wie wir vernehmen, wollen sich die Herren Gesetzgeber droben auf dem „Hill" ebenfalls bald "auf die Socken" machen, da der Senat beschloß, sich am 10. Dieses (heute über acht Tage) zu vertagen. Vorer stbeschlossen sie aber noch, einen guten "Griff" in die Staatskasse zu thun, indem sie sich $1,500 Gehalt zustimmten. — Nun, das Volk ist ja zufrieden wenn es beraubt wird, und Niemand sonst geht's ja etwas an. Wir sind nur froh, daß diese Raubvögel doch endlich fortziehen, und es auch hier Ruhe gibt.

Hoffentlich wird man in Zukunft bessere Männer erwählen, als wie diese, denn eine elendere Rotte war noch nie beisammen, als wie die Gesetzgeber des verflossenen Winters.

Gouv. Hendricks gerechtfertigt.

Er Gouvernör Körner von Illinois vertheidigt im „Stern des Westen" den jetzt so viel geschmähten Gouv. Hendricks von Indiana in folgender Weise:

„Wie wir vermuthet haben, gereist die Credit Mobilier Grant Presse Gouv. Hendricks lebhaft an, weil er das von der republikanischen Majorität erlassene Temperenz-Gesetz nicht mit seinem Veto belegte. Aber mit dem Veto geht es nicht so schnell.

Erstens wird sich nicht leicht ein Gouvernör herausnehmen, ein Gesetz mit dem Veto zu belegen, außer wenn er das Gesetz für unconstitutionell hält, und da bereits die Obergerichte von von Ohio und Illinois ganz ähnliche Gesetze für constitutionell erklärt haben so kann man doch kaum verlangen, daß ein Gouvernör solche Entscheidungen nicht für maßgebend halte.

Zweitens war die Majorität, mit der das Gesetz passte, so überwiegend, daß sein Veto gar keinen Erfolg gehabt hätte, er sich also ganz nutzlos in die Bresche geworfen haben würde. Die Gesetzgebungen sind verantwortlich für der Gesetze, nicht der Gouvernör.

Uebrigens hat Gov. Hendricks erklärt, daß er, wenn er ein Mitglied der Legislatur gewesen wäre, jedenfalls gegen das Gesetz gestimmt haben würde, aber als Gouvernör habe es kein Recht, seine persönliche Ansicht geltend zu machen, jedenfalls nur dann, wenn er überzeugt sei, daß ein Gesetz gegen die Verfassung verstoße."

Obige „Rechtfertigung" des Gov. Hendricks welche wir einem Wechselblatt entnehmen, können wir nicht billigen, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Weil Hr. Hendricks sich nichts um die Entscheidungen der Obergerichte anderer Staaten zu bekümmern hatte, besonders da er wußte, daß diese Entscheidungen von hirnverbrannten Fanatikern herkamen.

2.) Weil gerade dann Hr. Hendricks sich in die Bresche hätte werfen sollen, als er sah, daß die radikale Gesetzgebung es auf den Ruin des Volks von Indiana abgesehen hatte. Ein Governör des Staates ist eben so verantwortlich für die Gesetze als die Gesetzgebung selbst.

3.) Hatte Hr. Hendricks grade so gut des Recht, das gehässige Gesetz mit seinem Veto zu belegen, als das Recht als Mitglied der Gesetzgebung da für zu stimmen. Wenn er nicht den Muth als Governör kestßt, wahnsinnige Gesetze mit seinem Veto zu belegen, so hat er auch nicht den Muth dagegen zu stimmen.

Das ist unsre Ansicht in dieser Sache. Die ganze Rechtfertigung ist nichts anderes als ein Zugeber, daß Hr. Hendricks das Werkzeug der Temperenz Fanatiker ist; er hat das Zutrauen aller wahren Freunde der Volksrechte verloren, und damit basta.

Wäre zu wünschen.

In der Legislatur dieser Staates wurde vor einigen Tagen ein Vorschlag gemacht, das Lokal-Option-Gesetze dahin zu amendiren, daß Bier und Wein nicht unter die Categorie geistiger Getränke gehöre, und dieselben von den Wirthen und Saloonhaltern verkauft werden dürfen. Wir hoffen, daß der Vorschlag passiren wird, da derselbe nichts mehr als recht und billig ist. — Zu melden haben wir noch, daß die Committee bereits einen Bericht zu dessen Gunsten eingebracht hat. Sollte derselbe passiren, dann sind wir herzlich zufrieden.

— Ein Pittsburger gibt die Zahl der Betrunkenen in Washington am Inauguralstage auf 20,000 an.

Die neue Apportionment-Bill.

Während der letzten Woche passirte das Repräsentantenhaus unserer Legislatur eine Bill, wonach die verschiedenen Counties des Staates in Congreß-Distrikte eingetheilt werden. Dieselbe übertrifft an Parteilichkeit und Gemeinheit alles noch je Dagewesene.

Der „Ring", an dessen Spitze die Haupt-Anführer der radikalen Partei stehen, nahm zu diesen nichtswürdigen Mitteln seine Zuflucht, damit er eine große Majorität von Congreßmännern aus einem Staate besitze, welcher bei einer ehrlichen und gerechten Abstimmung eine reine demokratische Mehrheit von 10,000 Boten aufweisen würde.

Counties wurden zerschnitten, Wards von Städten getrennt und Landdistrikten zugewiesen, Tausende von demokratischen Majoritäten in mehreren Distrikten zusammengehäuft, um die angränzenden Bezirke den Radikalen zu sichern, und große demokratische Counties mit dem Gewichte eines Dutzend kleiner Oppositions-Abtheilungen belastet.

Die Counties York und Cumberland z. B., mit einer Bevölkerung von 120, 000 Seelen, sind zu einem Congreßglied berechtigt, aber ihnen ist Adams County mit 30,315 Einwohnern zugeschoben, um einen republikanischen Distrikt nicht zu gefährden, während den Counties Waschington, Beaver u. Butler mit 121,141 Seelen, einem republikanischen Distrikte, ein Congreßmann zugesichert wird. Dies ist ein Unterfangen von etwa 30,000 zum Nachtheile der Demokraten.

Die 12. Ward Scranton's wurde von jener Stadt getrennt und den Counties Pike, Monroe, Carbon und Wayne zugetheilt. Philadelphia ist in 5 Distrikte ausgelegt, von denen die Radikalen 4 und die Demokraten 1 zugewiesen erhielten, während die numerische Stärke beider Parteien in jener Stadt blos um einige tausend Stimmen variirt.

Es ließen sich noch andere Fälle aufzählen, welche der besagten Bill des Brandmal der Parteisucht und Ungerechtigkeit aufdrücken.

Wenn man das Votum der radikalen und der demokratischen Partei in unserem Staate als Maßstab annimmt, um besagte Bill zu prüfen, so wird man ausfinden, daß, während 18,600 Republikaner ein Congreßglied erhalten, erst auf 39 720 Demokraten ein solches kömmt.

Wird der Senat wohl diese Bill empfehlen und der Gouverneur ihr seine Sanktion ertheilen: Dies läßt sich nicht bezweifeln, da die Mitglieder des „Rings" zusammen in ein Horn blasen.

Folgendes ist das radikale Stück und Flickwerk:

1. Distrikt. Die 1., 2., 7., 26. Ward der Stadt Philadelphia.

2. Die 8., 9., 10., 13., 14. und 20. und der westlich von Zweiter Straße liegende Theil der 17. Ward, Philadelphia.

3. Die 3., 4., 5., 6., 11., 12. und 16. Wards, Philadelphia.

4. Die 15., 21., 24., 27., 28. und 29. Wards, Philadelphia.

5. Die 18., 19., 22., 23. und 25. und der östlich von Zweiter Straße liegende Theil der 17. Ward, Philadelphia.

6. Die Counties Chester und Delaware.

7. Lancaster.

8. Berks.

9. Montgomery und der Theil von Bucks, welcher nicht in den 10. Distrikt eingeschlossen ist.

10. Northampton, Lecha und die Townships Durham, Milford, Springfield, Richland, Haycock, Rockhill, Nockamixon und Tinicum, sowie das Borough Quakertown, in Bucks County.

11. Pike, Monroe, Carbon und Wayne und die Townships Buck, Bear Creek, Blakely, Carbondale, Covington, Jefferson, Madison, Roaring Brook, Spring Brook, die Boroughs Blakely, Dunmore, Goldsboro, Gibsonburg, die City Carbondale und die Zwölfte Ward von Scranton.

12. Jener ganze Theil von Luzerne County, welcher nicht in den 11. Dist. eingeschlossen ist.

13. Lebanon und Schuylkill.

14. Dauphin, Northumberland, Juniata und Perry.

15. Bradford, Susquehanna, Sullivan, Columbia und Wyoming.

16. Tioga, Potter, M'Kean, Cameron, Lycoming und Montour.

17. Franklin, Fulton, Bedford und Somerset.

18. Snyder, Mifflin, Huntingdon, Blair und Cambria.

19. York, Cumberland und Adams.

20. Union, Centre, Clinton, Clearfield, Elk und Forest.

21. Westmoreland, Greene und Fayette.

22. Die City Pittsburg und die Townships Chartiers, Union Scott, Stone, Robinson, Ober- und Unter St. Clair, Baldwin, Snowden, Mifflin und Jefferson, sowie die Boroughs Manefield, Chartier und West Elizabeth, in Allegheny County.

23. Jener ganze Theil von Allegheny County, welcher nicht in dem 22. Distrikte einbegriffen ist.

24. Washington, Beaver und Butler.

24. Clarion, Armstrong, Indiana und Jefferson

26. Lawrence, Mercer und Crawford.

27 Erie, Warren, und Venango.

Die Constitutions-Convention.

Die Reformation dieser Convention, von der sich manche Leute so viel versprachen, ist, wie sich täglich deutlicher zeigt, nicht weit her. Seit sie vor einigen Wochen durch Annahme eines Beschlusses, daß jeder Stimmgeber seinen Namen zu seinem Ticket schreiben muß, die geheime Wahl in Wirklichkeit aufgehoben hat, haben wir in der That allen Glauben an diese Reformation verloren. Daß wir volle Ursache dazu hatten, zeigt ein weiterer Freiheits beschneidender Beschluß, den die Convention am vorletzten Freitag annahm. Derselbe lautet wie folgt:

Die Fabrikation und der Verkauf alcoholischer Getränke, seien dieselben nun gegohren, gebrannt oder destillirt, oder irgend eines Getränkes, in dem Alcohol enthalten, ist verboten. Ausgenommen hiervon die Fabrikation und der Verkauf geistiger Getränke, welche für den Export oder für medizinische, kirchliche, mechanische und künstlerische Zwecke bestimmt sind. Die Legislatur soll innerhalb eines Jahres, von der Annahme der Constitution angerechnet, geeignete Gesetze erlassen, in denen Strafen für die Verletzung dieser Bestimmungen angeführt sind.

Der Beschluß wurde mit 54 gegen 16 Stimmen angenommen, und zwar gerade an dem Tage, an dem das Volk von Pennsylvanien sich gegen einen ähnlichen Beschluß der Gesetzgebung an einer Wahl mit großer Mehrheit aussprach.

Wahrlich es scheint, die großen Herren haben es darauf abgesehen, dem Volk mit Gewalt seine Freiheit zu beschneiden, während im Congreß und in den Gesetzgebungen der Geldbeutel des Volkes auf schreckenerregende Weise erleichtert wird. Unter solchen Umständen müssen alle politischen Fragen in den Hintergrund treten, und das arbeitende und tarbezahlende Volk muß fest zusammen stehen, um der Corruption und dem Fanatismus zu widerstehen und dieselben niederzudrücken.

Mit solchen Bestimmungen in der neuen Constitution, wie die obigen bilden, wird und muß dieselbe vom Volk niedergestimmt werden.

Keine Staatsreligion!

Eine in Pittsburg gehaltene Versammlung hat gegen das vorgeschlagene „religiöse" Amendement zur Bundes Constitution eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche wie folgt lauten:

Im Hinblick auf die nahezu zehnjährige Bewegung einer gewissen religiösen Partei in unserem Lande, sowie auf ihre in der letzthin zu New York im Cooper-Institute abgehaltenen National Convention klar und deutlich ausgesprochenen Ziele und Bestrebungen, nämlich: Gott als dem Urheber der Existenz der Nation — Christus als dem Regenten der Staaten, und der Bibel, als der Grundlage aller Gesetze, durch ein neues Amendement besondere Anerkennung in der Constitution der Ver. Staaten zu sichern, sei es heute in einer großen Versammlung in Pittsburg beschlossen:

1., daß wir es tief bedauern, daß eine besondere Glaubenspartei unter dem Deckmantel christlicher Gesinnung es versucht, der Constitution, die doch für Alle gilt, ihr spezifisches Christenthum einzuverleiben, damit folgerichtig zu einer, Alle bindenden Staatsreligion zu erheben, und somit jene unheilvolle Ehe zwischen Staat und Kirche, welche die Welt überall abschüttelte, in der neuen Welt einzuführen sucht;

2., daß wir alle Freunde der Freiheit und des Vaterlandes bei Zeiten vor den Folgen und Gefahren warnen, welche solches religiöses Amendement mit sich bringt, welches als beständiger Zankapfel den Frieden und die Harmonie der Bürger und Staaten zerstört, welches das Heiligthum der Religion in den Schmutz und Koth der politischen Parteien und Wahlkämpfe herunterzerrt, welches die garantirte Glaubens- und Gewissensfreiheit vernichten und damit auch die politische Freiheit bedroht, welche die festen und starken Säulen und Stützen unseres Freistaates bilden und sein Wachsthum, seine Blüthe, seinen Wohlstand und seine Größe begründeten;

3, daß wir fernerhin hinweisen auf das Herz des Menschen als den Sitz, von wo allein die Gottheit ihren segnenden Einfluß auf das Leben der Völker äußert — auf den Ausspruch Christi selber, der klar und deutlich sagt: Mein Reich ist nicht von dieser Welt — auf die Verschiedenheit bei Bibelauslegungen, welche einem einheitlichen und allgültigen Gebrauche hindernd entgegentritt, — hinweisen auf das Wesen der Religion, welches auf Innerlichkeit und Freiheit, und nicht auf Aeußerlichkeit, noch weniger auf Zwang beruht — hinweisen endlich auf die Lehren der Geschichte, die uns in dem traurigen Beispiel von Spanien, Italien, Frankreich und Oestreich zeigen, was wir von der angestrebten Zwitterehe zwischen Staat und Kirche zu hoffen und zu erwarten hätten;

4., daß wir deshalb alle Freunde und Gesinnungsgenossen aufrufen, wachsam zu sein, in Zeiten sich vereinen, mit Kraft und Muth solchen unconstitutionellen und Sonderbestrebungen entgegenzutreten, einzustehen für die höchsten Güter des Lebens, für welche einst unsere Väter gestritten und Gut und Blut mit Freuden hingegeben — für religiöse und politische Freiheit, — und damit auch nach Außen die Größe und die Ehre, nach Innen Frieden und das Gedeihen unseres gemeinsamen Vaterlandes zu bewahren. — Soweit die Sterne und die Streifen wehen, sollen sie der Welt verkünden, daß die Sklavenketten gebrochen sind und nur freie Bürger unter'm Sternenbanner wohnen wollen! —"

Durchführung fanatischer Gesetze.

Lafayette, eine blühende Stadt in Indiana mit 17,000 Einwohnern hat einen deutschen Mayor, Namens Kimmel. Dieser Mann mit dem ominösen Namen war dazu bestimmt, dem Sonntags-Gesetz und der Temperenz durch deren konsequente Durchführung einen Genickfang zu geben und den Unsinn derselben handgreiflich vor Augen zu führen. Mr. Kimmel dabei verfahr, ist aus Nachstehendem zu ersehen. Streng wie er war, es half jedoch, und hatte den Effekt, den Temperenz Narren die Folgen ihres Wahns zu zeigen.

Mayor Kimmel wollte nämlich das Sonntags Gesetz gar nicht ausführen, aber der Stadtrath erließ eine verschärfte Sonntags Verordnung und zwang den Mayor, das Gesetz auszuführen. Und nun dachte sich Hr. Kimmel, „wohl, ihr Fanatiker sollt nun das Gesetz ganz haben" und begann das Sonntags-Gesetz mit äußerster Strenge nicht nur gegen Wirthe, auf die es die Fanatiker abgesehen hatten, sondern auch gegen Cigarrenhändler, Barbiere u. s. w. durch zuführen. Je toller die Fanatiker es in letzter Zeit gegen die unschuldigen Vergnügungen der Deutschen trieben, desto strenger wurde Herr Kimmel in der Durchführung aller puritanischen Sonntagsvorschriften. Da diese die gewöhnliche Arbeit am Sonntag verbieten, so ließ er auch den Redakteur und die Setzer eines dortigen englischen Blattes, die am Sonntag arbeiteten, ebenso die Milchleute, die am Sonntag Milch in die Häuser brachten, und eine beträchtliche Zahl Eisenbahnbedienstete, die am Sonntag thätig waren, verhaften. In allerneuester Zeit ging Herr Kimmel so weit, daß er an die Küster der verschiedenen Kirchen die Weisung ergehen ließ sich am Sonntag der Arbeit des Glockenläutens zu enthalten. Ja sogar den Herren Geistlichen wollte er ihre Arbeit am Sonntag unmöglich machen. Letztere Maßregel scheiterte jedoch an der Furcht der Unterbeamten vor der Geistlichkeit, wiewohl der Friedensrichter Tennyson (ein freisinniger Amerikaner) die Unterbeamten zum Einschreiten zu ermuntern suchte.

Natürlich schrieen nun Alle, auch die tollsten Temperenzler Zetermordio über diesen Unsinn ihres Mayors. Der aber erwiederte ganz kaltblütig, daß der Unsinn, über den man sich beschwere, nur im Gesetz selbst liege, welches er streng und gewissenhaft durchführe.

Wie die Geschichte weiter ging weiß man noch nicht.

Correspondenz aus Ohio.

Canton, O., März 24, 1873.

Freund Ripper!

Etwas Neues? — sagen die Leut, wenn sie eine Zeitung in die Hand nehmen. Freilich eppes Neues, aber weit her. So möchten auch wir antworten, denn auch hier in Canton ist wenig Neues los; doch freuen wir uns darüber, daß wir keine Unglücksfällen zu berichten haben. — Du lieber Gott! Ein Correspondent und ein Zeitungsschreiber! und nix Neues! — Läßt sich's denn grad aus dem Aermel schütteln? Aber, sagt Mancher, so en Bissel Heirathsgeschichten gibt es immer; en andrer aber sagt, sell hen mer ja alle Tag un oft auch bei der Nacht im Dunkel. —

Wie der Lokal Option Humbug in Pennsylvanien und das Temperenz-Gesetz in Indiana, so hat auch das Makr-(Schwindel) Gesetz in Ohio große Aufregung hervorgerufen. Fünf oder sechs Prozesse sind von fanatischen Weibern gegen bissige Wirthe u. Saloonhalter in der Court anhängig gemacht, wovon der eine Fall vom Richter entschieden und der angeklagte Saloonhalter zu $500 und Kosten verurtheilt wurde; die übrigen Fällen sind auf nächsten Termin v. r. schoben. Zwei der Saloonhalter sind zu $2000, einer zu $1000 und ein vierter zu $1500 Schadenersatz für Verkauf von Bier, Wein und Liquör an Männer, deren Weiber mit Fanatismus geplagt sind, angeklagt. Solches sind die Früchte des Temperenz-Humbugs und der Muckerei. Kein europäischer Tyrann hat es je gewagt, solche Gesetze wie sie gegenwärtig in Ohio, Indiana, Illinois und andern Staaten bestehen, seinen Unterthanen zu geben, — solches ist nur einem freien (!) Amerika überlassen, wo der Temperenz Humbug, Sonntags-Murder-Gesetze und anderer Humbug seine Geburtsstätte hat, wo den Fanatikern und Heuchlern, die moralischen Zwang in das Aschgraue treiben, mästen, kein Mittel zu schlecht ist, seine Insamität, wenn sie hilft, verabscheuenswerth erscheint, um nur den Sieg zu erringen. Fort mit diesem Auswurf des menschlichen Geschlechtes, fort mit diesen Scheusalen, deren Tugenden sich in einer schmächtigen Heuchelei concentriren.

Am letzten Samstag, den 22 d. M. wurde hier die Vorwahl für Municipal- und Township-Beamten abgehalten Die demokratisch liberal republikanische Partei ernannte zu Candidaten für Mayor: R. S. Schields; Solicitor: B. A. Lynch; Marschall: G. W. Oldfield; Straßen-Commissär: L. McKinney; Stadtrath: 1te Ward, C. Wagner; 3te Ward, L. Bechtel; 4te Ward, Jos. Scholl; Constabler, J. B. Adams, A. L. Scherb und F. W. Haab. Zu Township-Beamten, Trustees: C. J. Geiger; Joh. Ball u. J. B. Myer; Schatzmeister, G. Feßler; Clerk, E. M. Grimes. — Als Delegaten für die Convention zur Abänderung der Constitution wurden für dieses County die HH. Ser. Meyer von Canton, und L. L. Lamborn, von Alliance gewählt. Es gereicht der demokratischen Partei, insbesondere den Deutschen dieses Counties zur großen Ehre, daß sie ihren deutschen Mitbürger, Hrn. Meyer mit so großer Mehrheit zu ihrem Candidaten aufstellten, und dürfen wir mit zuversicht erwarten, daß diese zwei Candidaten, welche alle erforderliche Fähigkeiten zu diesen wichtigen Posten besitzen, über ihre gegenerischen Wasserstimpel am Montag, den 7. April mit großer Mehrheit erwählt werden.

Aus den Courtverhandlungen nichts Wichtiges, als daß der Mörder Namens Marter welcher diesen Winter einen hiesigen friedliebenden allgemein geachteten Bürger Namens Daniel Herbruck todtschlug, des Todtschlags schuldig gefunden wurde. Als wir dieses schrieben, war seine Strafzeit noch nicht festgesetzt, wird indeß unzweifelhaft nicht weniger als 5 Jahre Zuchthaus erhalten. — Nächstens mehr von Ihrem

Hannes.

Europäisches.

Deutschland.

Berlin, 25. März. Ein Geschwader deutscher Kriegsschiffe ist nach den spanischen Gewässern beordert worden.

Berlin, 25. März. Die deutsche, österreichische und russische Regierung haben sich insgemein geweigert, die spanische Republik anerkennen oder ihre moralische Unterstützung auf dieselbe auszudehnen, wie Staatsminister Emilio Castelar in seinem Circular gewünscht hatte. Die Weigerung wird dadurch begründet, daß die republikanische Regierungsform den spanischen Cortes durch den Druck der Volksmassen aufgedrängt worden sei. (???)

— Der sächsische Landtag ist durch den König geschlossen worden, nachdem mehrere Gesetze zur Organisation der Selbstverwaltung zu Stande gekommen, andere derselben aber, darunter das Schulgesetz und ferner die Verfassungsrevision sowie die Steuerreform, späterer Vereinbarung noch vorbehalten werden. In Stuttgart hat die Kammer der Abgeordneten einen Antrag des Abgeordneten Oesterlen und Gen., über die Regierungsvorlage in Betreff der Militär-Retablissementskosten und Tagesordnung überzugehen, mit 66 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

England.

London, 28. März. (Spezialdepesche des N. Y. Herold.) In Spanien hat ein heftiges Gefecht stattgefunden, in welchem die Carlisten einen wichtigen Sieg beanspruchen. Die Regierungstruppen zogen sich in großer Unordnung nach Granallers zurück, wo sie von Saballo gefangen genommen wurden. Die kleine Garnison lieferte sich ebenfalls aus. In Tarragona fanden Demonstrationen zum Angedenken an die Herstellung der Pariser Commune statt. In Barcelona fand ein Straßenkampf statt, bei welchem mehrere Personen getödtet wurden.

Türkei.

Constantinopel, 25. März. In Serbien ist soeben ein heftiger Aufstand gegen die Pforte ausgebrochen. Der Fürst hat sich vom Sultan unabhängig erklärt und will die Oberhoheit desselben nicht mehr anerkennen. Die Zahlung des Tributes von $1,000,000 an denselben wurde verweigert, und der Sultan wird nun in Bosnien eine Truppenmacht zusammenziehen, um damit sein Ansehen wieder herzustellen.

Kurzgefaßte Nachrichten.

— Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" brachte letztes Jahr ihren Eigenthümern einen Profit von 80,000 Gulden.

— Der Kaiser von Oesterreich gedenkt die Büsten von allen Kaisern Oesterreichs bei der Weltausstellung aufzustellen.

— Eine schwedische Gräfin unternahm eine Reise nach Afrika, um Livingstone aufzusuchen und mit ihm alle Gefahren zutheilen.

— Die Großnichte von König Bernadotte von Schweden hat einen kleinen Buchladen in Frankreich und nimmt kaum soviel ein, als sie zum Leben bedarf.

— Der jüngere Sohn des Fürsten Bismarck, Otto Albrecht, hat sein Referendariats-Examen in Naumburg an der Saale bestanden.

— Der Literaturhistoriker Heinrich Kurz in Aarau, Schweiz, ist gestorben.

— Der Redakteur „Der Allgemeinen Zeitung", Dr. Backmeister, ist in Stuttgart gestorben.

— Gräfin Montijo, die Mutter der Ex-Kaiserin Eugenie, ist plötzlich vollständig erblindet.

— Die Exkönigin von Spanien erfreut sich einer sehr guten Gesundheit und lebt herrlich und in Freuden.

— Hans Christian Anderson, der wohlbekannte und beliebte dänische Schriftsteller, ist erblindet.

— Der zweite Sohn der Königin Victoria, Prinz Alfred, der künftige Erbe des Herzogs von Coburg, heirathet eine russische Prinzessin.

— Unter den Wiener Ausstellungsgebäuden befindet sich auch ein Kinder-Pavillon. Dem Namen entsprechend befinden sich hier nur Dinge für das Kinderleben aus allen Theilen der Welt.

— J. Offenbach hat wieder zwei neue Opern componirt, welche er selbst seine Meisterstücke nennt.

— Der kürzlich verstorbene russische Opernsänger Kondratieff hat den Chorsängern der Petersburger Oper 15,000 Rubel hinterlassen.

— Der Pariser Tenorist Capoul hat mit Strakosch ein Engagement für Amerika abgeschlossen.

— Die berühmte Sängerin Nilson, wird wiederum nach Amerika kommen.

— In Wien starb der renomirte Orgelbauer und Harmonium-Fabrikant Peter Tietz.

— Justus von Liebig, der berühmte Chemiker, machte während seiner langen wissenschaftlichen Thätigkeit nahe an 4000 wichtige chemische Untersuchungen.

— Pater Hyazinth predigt gegenwärtig in Genf.

— Die Königin-Wittwe von Würtemberg ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

— Der deutsche Reichstag ist wiederum zusammengetreten und vom Kaiser eröffnet worden.

Pennsylvania Legislatur.

Senat.

Mehrere Bills wurden berichtet, darunter eine durch Mr. McClure, den aus dem Amte austretenden Richtern, wenn sie über 60 Jahre alt sind, einen angemessenen Jahresgehalt zu zahlen, bei Richtern der Supreme Court soll dies nach 15jähriger, und bei Richtern anderer Gerichte nach 20jähriger Dienstzeit eintreten.

Mr. Humphreys schlug das Amendement vor, daß jeder Kohlenminer oder Eisenarbeiter, welcher 60 Jahre alt geworden und 20 Jahre lang in seinem Branch gearbeitet, aber nicht mehr zur Arbeit tauglich sei, berechtigt sein solle zur Hälfte seines Durchschnitts Arbeitslohnes, und daß der Staat diese Summe bezahle.

Wurde außer Ordnung erklärt. Die Bill wurde dann passirt.

(Dieser Humphreys scheint blos darauf auszugehen, die arbeitende Klasse zu bespötteln, und verdächtig zu machen. — Anmd. d. Red.)

Der Senat passirte dann die Hausbill, welche als gesetzliche Feiertage festsetzte: den 1. Januar, 22. Februar, 4. Juli, 25. Dezember und den von dem angeordneten bestimmten Danksagungstag. Fällt einer der genannten Tage auf Sonntag, dann soll derselbe am Montag gefeiert werden. Papiere, welche an solchen Montagen fällig werden, müssen am vorhergehenden Samstag bezahlt werden.

Mr. Davis (Berks) machte eine Anstrengung auch den Charfreitag zu einem legalen Feiertag zu erheben, sein Antrag wurde mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Mr. Alexander legte eine Bill vor, daß alle innerhalb 21 Jahren nicht gehobenen Ansprüche dem Staate zufallen sollen.

Mehrere Hausbills wurden passirt, darunter

Die Senatbill zur Anstellung eines neuen Inspektors für Kerosene und andere Brennstoffe;

Eine Botschaft des Governörs, worin er die Bill zur Incorporirung der Trustees der Christian Missionary Convention mit seinem Veto belegt, wurde vorgelegt und das Veto aufrecht erhalten.

In der Abendsitzung wurde die Bill wegen Verwilligung von $500,000 für den Centennial-Fond berathen.

Mr. McClure beantragte, daß eine Million Dollars dafür verwilligt werde; hiervon sollte die Besteuerung der Einnahmen der Passagier-Eisenbahnen in Abzug gebracht werden, so daß der Staat in Wirklichkeit kaum $250,000 zuzuschießen hätte. Mr. McClure nahm ein Amendement des Mr. Rutan an, daß unter keinen Umständen die vom Staate zuzuschießende Summe die Höhe von $250,000 übersteigen sollte.

Die Herren Alexander und Davis von Philadelphia sprachen für und mit Mr. Rowland von Pike Co. gegen die Bill.

Das Substitut des Mr. McClure mit dem Amendement des Mr. Rutan und einem anderen des Mr. Wallace, wonach nie hierzu die für Zahlung der Schulden des Staates bestimmten Gelder verwendet werden sollten, wurde schließlich passirt.

Dafür stimmten die Herren Albright, Alexander, Crawford, Davis (Berks), Davis, Phil., Dill, Fitch, Hellman, Humphreys, Knight, McClure, Nagle, Petrikin, Randall, Rutan, Strong, Waddell, Wallace, Weakley und Anderson — 21. Dagegen: Chalfant, Graham, McKinley, McSherry, Playford, Rowland und Warfel — 7.

Auf Antrag des Mr. Rutan wurde die Hausbill zur Erhöhung der Gebühren der Office des Staatssekretärs passirt.

Die Senatbill zur Bezahlung eines Gehaltes nach dem Amtsaustritte an Richter, welche bei einer Supreme Court 15 oder bei einem andern Gerichte 20 Jahre gedient haben oder 60 Jahren alt sind, wurde auf Mr. Wallace Antrag dahin amendirt, daß für alle Richter die Zeit auf 20 Jahre bestimmt werde.

Die Bill passirte schließlich mit 19 gegen 12 Stimmen.

Haus.

Das Committee zur Untersuchung des Wahlstreits in Luzerne County berichtete zu Gunsten der vier die Wahl anstreitenden Republikaner: Thomas Waddell,